

2020 2021 BERICHT

**Rechtsextremismus
im Netz**

Kontakt

jugendschutz.net
Bahnhofstraße 8a
55116 Mainz
Tel.: 06131 3285-20
Fax: 06131 3285-22
buero@jugendschutz.net
www.jugendschutz.net

hass-im-netz.info
twitter.com/hassimnetz

Autorinnen und Autoren

Flemming Ipsen, Bernd Zywietz, Franziska Böndgen,
Michael Hebeisen, Sebastian Schneider,
Jan Schnellbacher, Michael Wörner-Schappert

Verantwortlich

Stefan Glaser

Grafische Gestaltung

elements of art

Druck

Heinrich Fischer – Rheinische Druckerei GmbH

Stand

November 2021

jugendschutz.net arbeitet mit gesetzlichem Auftrag
und ist das gemeinsame Kompetenzzentrum von
Bund und Ländern für den Jugendschutz im Internet.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie *leben!*

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen/die Autoren die Verantwortung.



Junge Menschen nachhaltig vor rechtsextremen Erlebniswelten schützen

Rechtsextremismus im Netz erlebt einen traurigen Boom. Schon seit vielen Jahren macht jugendschutz.net darauf aufmerksam. Menschen- und demokratiefeindliche Posts im Netz entstehen häufig entlang gesellschaftlicher Bruchstellen. Propaganda rankt sich um soziale Fragen, Fluchtbewegungen und Migration. Bedeutsame Auslöser sind auch krisenhafte Ereignisse wie terroristische Anschläge oder Naturkatastrophen. Alles Themen, die junge Menschen bewegen.

Seit März 2020 sind die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu deren Eindämmung zentraler Anknüpfungspunkt für Hass-Äußerungen und Verschwörungsmythen. Auch wurde die verheerende Flutkatastrophe in Deutschland zum rechtsextremen Kampagnenthema. Akteure aus der Szene nutzen zudem jugendaffine Zugänge wie die Welt des Gamings, um ihre Ideologie zu verbreiten. Dies ist aus Sicht des Jugendschutzes eine besonders bedenkliche Entwicklung.

Der vorliegende Bericht zeigt anhand vieler Beispiele, wie Rechtsextreme das Internet für ihre Zwecke instrumentalisieren. Er beleuchtet die perfiden Methoden, mit denen sie vor allem junge User:innen ansprechen. Der Bericht macht auch den Handlungsbedarf deutlich.

Anbietern von Social Media und Games kommt eine besondere Verantwortung zu. Ihre Angebote werden von den meisten Kindern und Jugendlichen genutzt. Sie stellen damit auch Tools und Funktionen zur Verfügung, die eine Verbreitung von Hass erst möglich machen. Es ist daher wichtig und richtig, dass sie Vorsorgemaßnahmen treffen müssen, mit denen Kinder und Jugendliche geschützt werden. Globale Player haben zwar auf den Anstieg rechtsextremer Hetze reagiert, tun aber noch viel zu wenig, um sie zu unterbinden. Hier – auch das zeigt der Bericht – gibt es bei allen Diensten noch viel Luft nach oben!



Stefan Glaser
Leiter jugendschutz.net

Corona-Krise:

Hochkonjunktur für rechtsextreme Propaganda

Verschwörungsmythen und Gewalt:

Die Pandemie als Katalysator

Selbstinszenierung in Krisenzeiten:

Von Opfern und Helfer:innen

Rückzugsräume für Rechtsextreme:

Schaltzentrale Telegram

Trendplattform TikTok:

Rechtsextreme nutzen neue Kanäle

Gaming und Rechtsextremismus:

Jugendliche Lebenswelten als Anknüpfungspunkt

Rechtsextreme Adaption beliebter Medienformate:

Beispiel Podcasts

Flüchtige Inhalte:

Hasspropaganda in Echtzeit

DIMEN SIONEN UND TRENDS

Das weltweit beherrschende Thema ist seit über eineinhalb Jahren die Corona-Krise. Auch für junge Menschen stellt die Pandemie einen fundamentalen Einschnitt in den Alltag dar. Aufgrund von Videoschulunterricht und mangelnder Kontaktmöglichkeiten ist das Netz für Kinder und Jugendliche stärker als je zuvor integraler Bestandteil ihrer Lebenswelt. Dadurch steigt das Risiko, mit Hassbotschaften und rechtsextremer Propaganda konfrontiert zu werden. Vor allem in Sozialen Medien.

Rechtsextreme haben schnell die weltweite Pandemie in ihre Medienstrategie eingebunden. Sie deuten die Krise um, instrumentalisieren Corona für ihre Agenda oder verbreiten Verschwörungserzählungen. Ihr Ziel: menschenfeindlichen und antidemokratischen Narrativen eine möglichst hohe Reichweite zu verschaffen und die Gefolgschaft zu vergrößern. Dafür nutzen sie alle medialen Mittel und Vehikel, welche die medialen Lebenswelten und Nutzungsgewohnheiten junger Menschen prägen. Das sind beliebte Formate wie Livestreams und Podcasts, trendige Apps wie TikTok oder populäre Subkulturen wie die des Gamings.

Darüber hinaus haben sich Onlineräume etabliert, in denen Rechtsextreme nahezu ungestört ihre Agenda vorantreiben, sich vernetzen und Angriffe planen können. Dies gilt insbesondere auf Ausweichplattformen, auf denen die Diensteanbieter nicht oder nur inkonsistent dagegen vorgehen. Diese Räume, geprägt von Desinformationen, Menschenverachtung und Gewalt, werden in den beliebten, jugendauffinen Social-Media-Diensten beworben.

Corona-Krise: Hochkonjunktur für rechtsextreme Propaganda

Die globale Corona-Krise 2020/2021 war und ist begleitet von Ängsten sowie einschneidenden Veränderungen. Kinder und Jugendliche, die online nach Einschätzungen der außergewöhnlichen Lage suchen, stoßen dabei auf unterschiedlichste, auch widersprüchliche Informationen. Dies kann sie überfordern, verunsichern oder verängstigen.

Rechtsextreme machen sich diese Situation zunutze. Angst gehört zum Kerngeschäft von rechtsextremer Propaganda. Sie greifen die Corona-Krise intensiv auf und verbreiten

ihre Weltanschauung mit rassistischen Umdeutungen, Untergangsszenarien und Verschwörungsmythen.

Da das Coronavirus SARS-CoV-2 erstmalig in China nachgewiesen wurde, gerieten zunächst asiatische Menschen ins Visier. Sie wurden als Schuldige diffamiert und mangelnde Hygiene sowie vermeintlich „exotische“ Ernährungsweise als Ursache unterstellt. Dies knüpft an althergebrachte rassistische Stereotype an.

Auch Geflüchtete wurden Ziel von Hassattacken: Die Aufforderung, Kontakte einzuschränken und daheim zu bleiben, wurde so umgedeutet, dass auch flüchtende Menschen „zuhause“ – d.h. in ihren Herkunftsländern – bleiben sollen. Ebenso zynisch kursierte der Vorschlag, ökonomisch angeschlagenen Fluggesellschaften sollte mit der Beauftragung von Massenabschiebungen staatlich geholfen werden. Darüber hinaus wurden Geflüchtete als Krankheitsüberträger diffamiert oder direkt mit Erregern gleichgesetzt.



Migrant:innen werden mit Viren gleichgesetzt und entmenschlicht.
(Quelle: Twitter; Original unverpixelt)

Die Pandemie und ihre Folgen nutzten Rechtsextreme, um altbekannte antisemitische Hassbilder auf aktuelle Gegebenheiten zu übertragen. So werden beispielsweise jüdische Menschen als Virus dargestellt und damit entmenschlicht. Rechtsextreme schließen dadurch direkt an die systematische Herabwürdigung von Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten an, die den Vergleich zu Ungeziefer oder Parasiten zur Verhetzung zogen.

Auch wird in Propagandainhalten das Virus selbst als „jüdisch“ bzw. als „jüdische Erfindung“ bezeichnet. Anknüpfend an antisemitische Verschwörungsmythen von Jüdinnen und Juden als „Brunnenvergifter“ werden diese beschuldigt, Corona erfunden zu haben, um Geld und Einfluss zu gewinnen.



Corona als „jüdisches Geschäftsmodell“:
Während der Pandemie griffen altbekannte,
antisemitische Feindbilder um sich.
(Quelle: Telegram; Original unverpixelt)

Die Corona-Pandemie begleitet eine ganze Reihe an Verschwörungserzählungen, die nicht selten Antisemitismus im Kern transportieren. Der „Great Reset“ als Post-Corona-Vision für eine sozial und ökologisch nachhaltigere Wirtschaftsordnung wurde zu einem zentralen verschwörungsideologischen Schlagwort im Netz. Mit dem US-Investor George Soros als „Struppenzieher“ sowie vermeintlichen heimlichen Jüdinnen und Juden wie die Grünen-Politikerin Annalena Baerbock werde mit dem „Großen Umbruch“ die Weltherrschaft einer heimlichen globalen Finanzelite vorbereitet. Auch darin findet sich ein weitverbreitetes antisemitisches Narrativ wieder.

Verschwörungsmythen und Gewalt: Die Pandemie als Katalysator

Junge Menschen auf Informationssuche zu Corona in Sozialen Medien laufen Gefahr, an Falschinformationen und Verschwörungserzählungen zu geraten, die oft hohe Reichweiten erzielen.

So bezeichnen einige das Virus als eine Biowaffe, die durch Pharmakonzerne oder geheimstaatliche Labore entwickelt wurde. Andere verharmlosen die pandemische Lage oder leugnen gar die Existenz von SARS-CoV-2. Sie sehen statt der Pandemie eine „Plandemie“,

eine gezielte Täuschungsaktion von Politik und Medien. Regierende wollten dadurch mehr Machtbefugnisse erlangen, gar eine „Neue Weltordnung“ durchsetzen.

Auch die Infektionsschutzmaßnahmen wie das Tragen einer medizinischen Mund-Nasen-Beckung oder die Aufforderungen zur Kontaktreduzierung seien nur ein weiterer Schritt auf dem Weg zum diktatorischen Staatsumbau. Insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel wird unterstellt, mit „sanften Mitteln“ einen unsichtbaren Krieg gegen die deutsche Bevölkerung zu führen. Sie und andere würden so das „eigene Volk“ verraten, wogegen man sich zu Wehr setzen müsse.



Verschwörungsmythen um Corona konstruieren ein existenzielles Bedrohungsszenario.
(Quelle: Facebook; Original unverpixelt)

Mit Einführung der Corona-Schutzimpfungen steigerten sich die demokratiefeindlichen Verleumdungen durch Verschwörungsgläubige noch: Vom „Mikrochip“ zur totalen Kontrolle der Menschen bis hin zur planvollen Reduktion der Weltbevölkerung durch Impftote wird in Sozialen Netzwerken gesprochen.

In rechtsextremen Online-Milieus finden sich vermehrt Legitimierungen von und Aufrufe zu Aktionen gegen Medienschaffende, Politiker:innen oder Expert:innen. Dabei reichen die Onlineaufrufe von der Sammlung angeblicher Beweise für „Hochverrat“ bis hin zu expliziten Mordphantasien.



Mordphantasie gegen den Präsidenten des Robert-Koch-Instituts, die tausende Nutzer:innen erreicht.
(Quelle: Telegram; Original unverpixelt)

Einige rechtsterroristische Gruppierungen hingegen begrüßen die globale Krise sogar, besonders anfangs der Pandemie. Sie deuteten diese als Auftakt eines gesellschaftlichen Zusammenbruchs und sahen den vielbeschworenen „Tag X“ kommen: Der Ausbruch offener Gewalt bis hin zum Bürgerkrieg, in dem die als negativ erachtete Demokratie samt ihrem Pluralismus und der bürgerlichen Freiheiten beseitigt würden.

So wurden Tipps zur Krisenvorsorge oder zum bewaffneten Überlebenskampf verbreitet. Es wurde dazu aufgerufen, jüdische, muslimische oder Schwarze Menschen zu attackieren oder gezielt zu infizieren, um den erhofften Zusammenbruch zu beschleunigen.

Selbstinszenierung in Krisenzeiten: Von Opfern und Helfer:innen

Ein Kernmotiv rechtsextremer Selbstinszenierung im Netz ist die Darstellung als Opfer. Gemäß ihrer Umdeutung der Corona-Pandemie als Instrument einer vermeintlichen „Gesundheitsdiktatur“ stilisieren sich Pandemie-Leugner:innen, Verschwörungsgläubige und Rechtsextreme zu Verfolgten. Immer wieder werden z. B. Vergleiche mit dem NS-Regime und dessen Verbrechen bemüht. Bilder, die Kanzlerin Merkel als Hitler zeigen, kursieren im Netz seit Beginn der Pandemie. Die Corona-Schutzverordnungen wurden als neue „Ermächtigungsgesetze“ umgedeutet.

Mittels gelbem Davidstern, dem Zeichen der Stigmatisierung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus, setzen sich Impfgegner:innen mit dieser verfolgten Menschengruppe gleich. „Judensterne“ mit Inschriften wie „ungeimpft“ oder „nicht geimpft“ können über Onlineshops als Sticker und Aufnäher erworben werden oder finden als Memes im Netz Verbreitung.

Eine solche Inszenierung relativiert nicht alleine die nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik. Dieser Logik folgend konnte auch der Wunsch nach einem „Nürnberg 2.0“ große Popularität gewinnen. Im Netz kursieren Forderungen nach einem Tribunal gegen die Verantwortlichen für das vermeintlich unterdrückerische „Corona-Regime“. Nicht selten kombiniert mit einem bereits gefällten Urteil: Todesstrafe für alle daran Beteiligten.



Instrumentalisierung des „Judensterns“: Umdeutungen der Shoah dienen der propagandistischen Opferinszenierung.
(Quelle: Instagram; Original unverpixelt)

In der ersten Corona-Welle Anfang 2020 gründeten sich viele Initiativen und Netzwerke zur Unterstützung älterer Menschen oder Angehöriger der Risikogruppen.

Rechtsextreme Parteien und Gruppen schlossen daran an. Parallel zur Stilisierung als Opfer inszenierten sie sich online als wohltätige, kümmernde Helfer:innen. Wie auch bei anderen vermeintlichen Wohltätigkeits- und Hilfsaktionen von Rechtsextremen, z. B. Futterspenden an Tierheime oder Müllsammelaktionen im Wald, sollte Zuspruch und damit Reichweite generiert werden. Zudem gab dies Gelegenheit, eine vermeintliche völkische Gemeinschaft sowie die behauptete Volksfeindlichkeit und Unfähigkeit staatlicher Stellen zu beschwören.



Neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ bietet „Nachbarschaftshilfe“ ausschließlich für Deutsche an.
(Quelle: Telegram; Original unverpixelt)

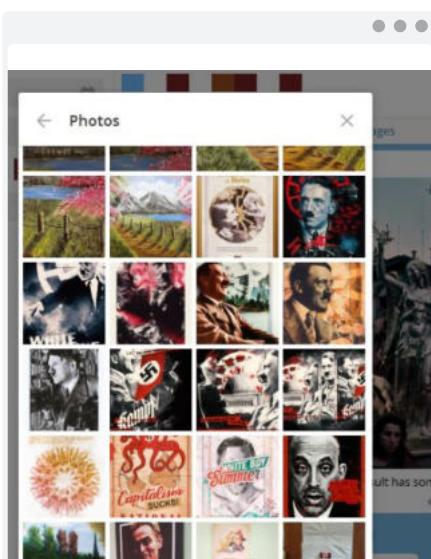
Auch die Flutkatastrophe im Sommer 2021 instrumentalisierten Rechtsextreme, um sich als Helfer:innen oder „alternative“ Berichterstatter:innen vor Ort zu geben. Begleitet wurde diese Inszenierung mit Onlineaufrufen zu eigenen Spendenaktionen. Die Zerstörungen durch das Hochwasser in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz wurden dabei pauschal als Folge des Versagens von staatlichen Akteuren, Medien und professionellen Hilfsorganisationen dargestellt, während zugleich Kräfte des Katastrophenschutzes behindert wurden.

Gerade bei jüngeren Menschen konnten die Erzählungen und Bilder von der Flutkatastrophe und deren verheerenden Folgen Sorgen und Ängste auslösen. Auf der Suche nach Erklärungen fallen propagandistische Botschaften mit ihren ideologischen Deutungen und Schuldzuordnungen schnell auf fruchtbaren Boden.

Rückzugsräume für Rechtsextreme: Schaltzentrale Telegram

Schon lange beobachtet jugendschutz.net, wie Telegram zur wichtigsten Plattform für Rechtsextreme geworden ist. Insbesondere seit 2020 und im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hat der Dienst nochmals enorm an Relevanz gewonnen. In den vielen, untereinander vernetzten Kanälen und Gruppen werden pro Tag zehntausende Inhalte verbreitet und weit über hunderttausend Nutzer:innen erreicht.

Entsprechend der gestiegenen potenziellen Reichweite finden sich Kanäle aus unterschiedlichen rechtsextremen Milieus. Von Parteien, der Neuen Rechten und sogenannten „Reichsbürgern“, über Onlineshops, Musiklabels, „alternative Medien“ bis hin zum Rechtsterrorismus: Sie alle binden Telegram in ihre Medienstrategie ein und werben für ihre Kanäle nicht selten über die großen, jugendaffinen Social-Media-Dienste.



Unzählige Verstöße gegen den Jugendmedienschutz:
Sammlungen offensichtlicher NS-Propaganda auf Telegram.
(Quelle: Telegram; Original unverpixelt)

Ein Grund für die Relevanz ist auch, dass Telegram nur selten Inhalte löscht. Drastische Verstöße wie Holocaust-Leugnungen, Volksverhetzungen oder Gewaltdarstellungen bleiben trotz Hinweis meist online. Selbst rechtsterroristische Gruppierungen können ungestört ihre Propaganda betreiben.

Seit 2020 meldete jugendschutz.net 292 Verstöße gegen den Jugendmedienschutz an Telegram. Knapp 28 % der Verstöße wurden nach Usermeldung entfernt, wenngleich dies teils mit großem zeitlichen Abstand erfolgte. Zwar konnten durch einen direkten Kontakt von jugendschutz.net weitere Erfolge erzielt werden, doch auch so erhöhte sich die Löschquote auf lediglich rund 30 %. In acht weiteren Fällen wurden andere Maßnahmen, wie Medienaufsichtsverfahren, ergriffen.

Telegram ist ein zentraler Dienst bei der Verbreitung von Desinformationen geworden. Dies nicht erst seit der Corona-Pandemie, aber besonders seither. Über den Messenger werden Artikel und Videos vor allem von selbst-erklärten „Alternativen Medien“ massenhaft verbreitet. Daneben finden sich angeblich „aufdeckende“ Informationen einzelner rechtsextremer Akteure sowie Meldungen herkömmlicher Medien, soweit sie die eigene Sichtweise stützen.

Alles, was ins eigene Weltbild passt, hat die Chance auf große Resonanz und gilt als glaubwürdig. Widerspruch oder alternative Sichtweisen finden sich selten.



Großes Publikum für krude Behauptungen: Unzählige Desinformationen werden via Telegram verbreitet.
(Quelle: Telegram; Original unverpixelt)

Rechtsextreme nutzen Telegram, um Hasskampagnen und Online-Angriffe zu initiieren und zu koordinieren. Politische Gegner:innen und unliebsame Personen werden zu Angriffszielen erklärt. Passende Propagandamaterialien wie verhetzende Memes werden gleich mit zur Verfügung gestellt. So ist der Dienst eine „Schaltzentrale“ im selbst ausgerufenen „Infokrieg“.

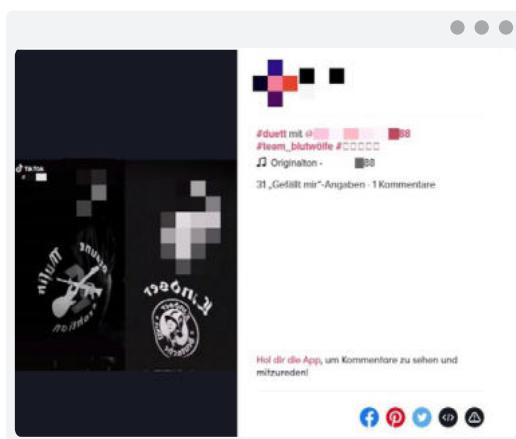
Zugleich ist Telegram ein wichtiger, auch internationaler Vernetzungsknoten rechtsextremer Akteure aus unterschiedlichen Spektren. Das Teilen von Inhalten oder der direkte Verweis auf andere Gruppen und Kanäle eröffnet ein ganzes Netzwerk rechtsextremer Angebote und Akteure.

Trendplattform TikTok: Rechtsextreme nutzen neue Kanäle

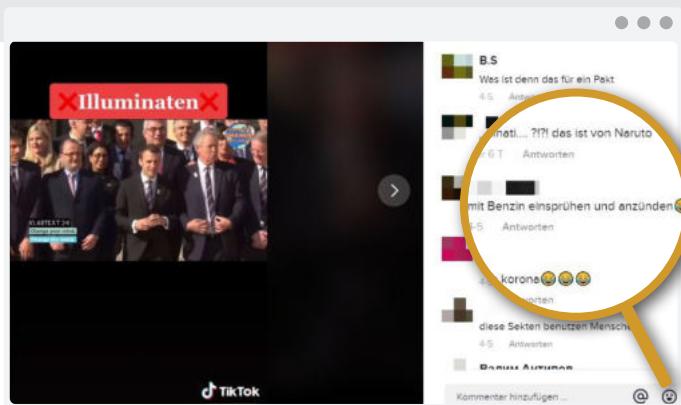
Der Social-Media-Dienst TikTok ist seit einigen Jahren eine der beliebtesten Apps unter Kindern und Jugendlichen. Auch Rechtsextreme adressieren darüber ihre Botschaften an ein junges Publikum.

Ausschnitte aus Liedern bekannter Rechtsrockbands wie „Landser“ oder „Sleipnir“ finden sich bei TikTok ebenso wie neonazistische Balladen und rechtsextremster Rap. Auch szenetypische Kleidung oder Dekorationen sind in Kurzvideos zu sehen. Neben Profilnamen mit rechtsextremen Zahlencodes wie „1488“ oder szenetypische Hashtags wie „#heimatliebeistkeinverbrechen“ finden sich explizitere Bezüge: Profilnamen und -beschreibungen mit verbotenen Parolen oder volksverhetzenden Aussagen.

Ihr Auftreten auf TikTok richten Rechtsextreme an den üblichen Gepflogenheiten auf der Plattform aus: In kurzen Clips greifen sie auch Musikvideo-Memes mit dazugehörigen Tanzbewegungen auf. Daneben geben sie Einblicke in ihren vermeintlichen Alltag bspw. Clips aus dem Urlaub oder Rezeptempfehlungen. Das Ziel: sich und das Leben als Aktivist:in möglichst attraktiv und unverfänglich erscheinen zu lassen. Rechtsextremismus wird so als Lifestyle jugendaffin beworben.



Duett im „Landser“-Merchandise:
Auch Szenekleidung von Rechtsrockbands
auf TikTok präsent.
(Quelle TikTok; Original unverpixelt)



Auch auf TikTok finden sich in letzter Zeit verstärkt verschwörungs-ideologische Inhalte, z. B. zu gängigen Narrativen wie der „Neuen Weltordnung“ oder dem „Great Reset“. Hierfür werden Ausschnitte aus Propagandavideos, politischen Reden oder rechtsextremen Streams verwendet.

Schnell und massiv heizt sich dabei die Stimmung in den entsprechenden Kommentarspalten auf. Ein Video, das Politiker:innen bei einer internationalen Konferenz zeigt und diese als „Illuminaten“ bezeichnet, wird von allerhand Gewaltphantasien begleitet: Erschießen, Wegsprengen oder Anzünden – dies sind einige der Reaktionen. Daneben finden sich weitere hasserfüllte Kommentare, die u. a. Antisemitismus verbreiten.

Im Zusammenhang mit verschwörungs-ideologischen Clips finden sich immer wieder drastische Gewaltaufrufe.
(Quelle: TikTok; Original unverpixelt)

Für junge Menschen ist TikTok eine Möglichkeit, sich im Netz auszuprobieren und eigene Inhalte zu veröffentlichen. Dabei besteht jedoch die Gefahr, dass sie zu Zielen von Hass-attacken werden. In Kommentaren finden sich Angriffe aufgrund des Erscheinungsbildes, der Sexualität oder Herkunft von jungen User:innen. So wurde z. B. eine junge Jüdin, die auf TikTok ein Live-Video streamte, im Kommentarbereich aufgrund ihres Glaubens angegriffen und diffamiert.

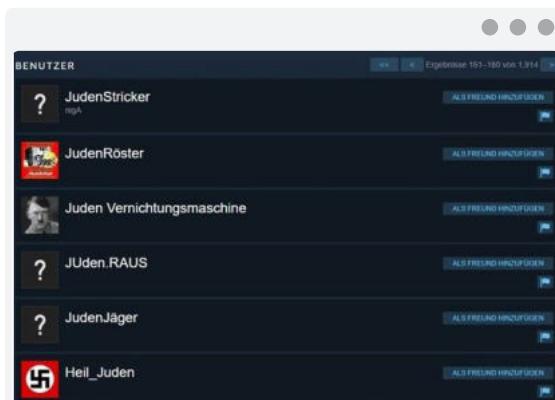
Gaming und Rechtsextremismus: Jugendliche Lebenswelten als Anknüpfungspunkt

„Gaming“ ist mehr als nur Computerspiele: ein eigener popkultureller Kosmos mit Plattformen und Communitys. Rechtsextreme streuen in den entsprechenden Kommunikationskanälen ihre Propaganda, rekrutieren neue Anhänger:innen, provozieren und erweitern die eigene Erlebniswelt um den Bereich des Gamings.

Zudem nutzen sie Gaming-Codes und -Ästhetik, mit denen Jugendliche vertraut sind. So findet sich online eine ganze Reihe an rechtsextremen, oft menschenverachtenden Memes oder Videos, die dem Design bekannter Computerspiele nachempfunden sind.

Gaming-Communitys bieten allerdings auch Einfallstore für rechtsextremes Gedankengut. Einige Gaming-Subkulturen sind geprägt von Ironie bis Sarkasmus, schwarzem Humor, vor allem aber bewusster und provokanter Grenzverletzung. So werden rassistische und sexistische „Gags“ verbreitet, nationalsozialistische Größen und Symbole genutzt oder der Holocaust relativiert.

Wenngleich einige dieser Gamer:innen dabei kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild aufweisen, können Versatzstücke rechtsextremer Ideologie als normal erscheinen. So wird der Boden für gezielte Propaganda von Rechtsextremen bereitet. Denn diese nutzen ihrerseits wiederum zur Vernetzung und Ansprache junger Menschen digitale Gaming-Infrastrukturen, z. B. Plattformen wie Discord, Twitch oder Steam.



Antisemitismus und NS-Verherrlichung: Im Gaming-Kontext leicht zu finden, z. B. in der Profilsuche auf der Spieleplattform Steam.
(Quelle: Steam)

Rechtsextreme entwickeln und veröffentlichen bereits seit den 1980er-Jahren auch eigene Games. In aktuellen Spielen können SpielerInnen in die Rolle rechtsextremer Attentäter schlüpfen. Oder sie sind auf den ersten Blick bewusst harmlos gestaltet, transportieren jedoch rassistische und antidemokratische Narrative.

Neben der Provokation und der (Selbst-)Inszenierung von Rechtsextremen als „Rebellen“ sind rechtsextreme Computerspiele der Versuch, über die Szene hinaus junge Menschen an die eigene Weltsicht heranzuführen.

Rechtsextreme Umrücke im Netz erscheinen selbst immer mehr als offenes „Multiplayer-game“. Das interaktive Abenteuer „Infokrieg“ verspricht die Erfahrung, wirkmächtiger Teil einer größeren Gemeinschaft zu sein. In sogenannten „Twitter-Raids“ werden zum Beispiel konzertiert Hashtags gepusht, um die eigenen Narrative zu verbreiten. Dabei steht „Raid“ im Gaming-Kontext u.a. für den verabredeten, gemeinsamen Überfall in Multiplayer-Rollenspielen.



Menschenverachtung in „Minecraft“-Optik: Bejubeln des rechtsterroristischen Anschlags von Christchurch.
(Quelle: Telegram; Original unverpixelt)

Elemente aus und Assoziationen zum Gaming wurden auch angesichts der rechtsterroristischen Anschläge 2019/2020 diskutiert: Die Täter filmten aus „Ego-Shooter“-Perspektive ihre Attentate oder garnierten ihre Begleitbotschaften mit Gaming-Anspielungen. In einschlägigen Foren werden sie für ihre Taten gefeiert und die Opferzahlen menschenverachtend als „Highscores“ verglichen.

Rechtsextreme Adaption beliebter Medienformate: Beispiel Podcasts

Neben aktuellen, lebensweltlichen und jugendspezifischen Themen bedienen sich Rechtsextreme beliebter Vermittlungsformate, um an die Hör- und Sehgewohnheiten junger Menschen anzuschließen. Ein Beispiel sind Podcasts. Umfragen zeigen, dass insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene zu den aktivsten Hörer:innen zählen.

Über die letzten Jahre und insbesondere während der Corona-Pandemie haben sich eine Reihe rechtsextremer Podcasts etabliert. Dabei zeigen sich Unterschiede hinsichtlich inhaltlicher Ausrichtung, Regelmäßigkeit oder Verbreitungsweg, aber auch Gemeinsamkeiten und Überschneidungen.

Zumeist sind rechtsextreme Podcasts Gesprächsformate. Inhaltlich geht es vor allem um Einschätzungen des politischen Tagesgeschehens, um den eigenen Aktivismus oder das Wirken der eingeladenen Gäste. Die Gesprächsführung rangiert von (pseudo-) intellektueller Diskussion bis vermeintlich humoristischer Provokation.

Spotify und YouTube sind häufig genutzte Dienste für die Verbreitung. Neben typischen Podcast-Portalen werden Plattformen wie Twitch, BitChute oder DLive ausprobiert. Beworben werden die Sendungen über reichweitenstarke Seiten und Profile, auch bei den beliebtesten, jugendaffinen Diensten wie Instagram.



Rechtsextreme machen sich das Format Podcast zunutze und werben für ihre Produkte auf jugendaffinen Plattformen.
(Quelle: Instagram; Original unverpixelt)

GibmaKaffee | Runen, Disko, Alltagsleben
Malenki

Bildung
4,3 • 40 Bewertungen

Anhören in Apple Podcasts

7. JUNI 2021
GibMaKaffee | Pride Month, Optics, Französisch... >
Geplant haben wir nicht, trotzdem 2h über alle wichtigen Themen diese Welt gesprochen. Damit geht der Gastfolgenkreisel in die zweite Runde. Als nächstes kommen ...

▶ WIEDERGABE 2 Std

27. MAI 2021
GibMaKaffee | Technik-Sucht und Frankfurt am ... >

Rechtsextreme verstehen ihre Podcasts als Teil eines „Kulturmampfes von rechts“. Doch auch mit Blick auf die individuelle Medienstrategie einzelner Akteure und Gruppen ist dieses Format attraktiv: Da es nur relativ wenig technisches Know-how und Aufwand voraussetzt, ist es einfach und günstig zu produzieren. Als serielles Format ist es auch geeignet, über die Zeit hinweg ein festes Publikum aufzubauen, Menschen zu binden und sich als Marke zu etablieren.

Zwischen Unverfügbarkeit und Szeneansprache: Rechtsextreme ergänzen mit Podcasts die eigene mediale Erlebniswelt durch ein weiteres Format.
(Quelle: Apple Podcasts)

Podcasts können eine persönliche, fast schon intime Situation simulieren. Vor allem im wiederholten, regelmäßigen Kontakt können Hörer:innen eine sogenannte parasoziale Beziehung zu den Podcaster:innen aufbauen.

Rechtsextreme machen sich zunutze, was mit diesem Format insgesamt möglich ist: das Gefühl einer persönlichen Verbundenheit herzustellen. Was behauptet oder beworben wird, wirkt glaubwürdiger und attraktiver. Entsprechend effektiv können potenziell rechtsextreme Podcasts auf die Bildung individueller Meinungen und Einstellungen einwirken.

Flüchtige Inhalte: Hasspropaganda in Echtzeit

Posts mit Verfallsdatum sowie Videos und begleitende Chats in Echtzeit: Flüchtige Inhaltsformate sind auch bei Kindern und Jugendlichen beliebt. Live-Übertragungen, z. B. von Videospielen und Talks von Influencer:innen haben Eventcharakter. Auch Rechtsextreme nutzen in ihrer Medienstrategie flüchtige Inhaltsformate, um ihre Propaganda zu verbreiten und Hass zu säen.

So machen Rechtsextreme ganz selbstverständlich Gebrauch von der Story-Funktion bei Instagram, um vermeintlich private Einblicke zu geben. Sie inszenieren sich so als spontane, nahbare Identifikationsfiguren – wobei sich

in den Storys bisweilen auch deutlichere Hassinhalte wie u. a. Volksverhetzungen finden.

Live-Inhalte spielen im rechtsextremen Kontext eine besondere Rolle. So haben Rechtsterroristen ihre Anschläge in Echtzeit ins Netz übertragen. Weniger drastisch, dafür alltäglicher finden sich tagesaktuelle Talks, gestreamte Podcasts oder „Let's Plays“, außerdem Live-Übertragungen von Kundgebungen und anderen Ereignissen mit entsprechenden Kommentaren.

Verbreitet werden solche Livestreams z. B. auf YouTube. Zunehmend spielen aber auch andere Plattformen eine gewichtige Rolle – insbesondere solche, die nur selten Inhalte und Profile entfernen. Ein zentraler Dienst für Rechtsextreme ist dabei DLive. Der Anbieter geht selten gegen Inhalte vor. Auch das Melden von Verstößen gestaltet sich bisweilen äußerst schwierig aufgrund der eingeschränkten Meldemöglichkeiten.



Legitimierung von Gewalt gegen Asylsuchende: Menschenverachtender „Witz“ in einer Story.
(Quelle: Instagram; Original unverpixelt)



Ein viel genutztes Feature

von Livestreams sind die begleitenden Textchats. Über sie können sich Zuschauer:innen austauschen oder auch aktiv am Event teilhaben, indem sie Fragen und Inputs liefern, die von den Streamer:innen aufgegriffen werden können. Gleichzeitig ist der Chat aber auch ein Ort, wo menschenverachtende Inhalte verbreitet werden oder User:innen sich gegenseitig aufhetzen.

jugendschutz.net dokumentierte Verstöße gegen Bestimmungen des Jugendmedienschutzes, so u. a. Volksverhetzungen und Aufrufe zu Gewalt; in jüngerer Vergangenheit vor allem, wenn es um Corona-Maßnahmen oder Migration ging.

Hassspirale: In Live-Chats heizen sich Nutzer:innen bis zu offen geäußerten Gewaltphantasien an.
(Quelle: YouTube; Original unverpixelt)

Rechtsextreme rufen gelegentlich dazu auf, gezielt Live-Chats mit ideologischen Beiträgen zu fluten. Neben YouTube gerät hier zunehmend auch Twitch ins Visier. Die besonders bei jugendlichen Gamer:innen beliebte Livestreaming-Plattform wird so zum Ziel rechtsextremer Onlinekampagnen.

Hier wie bei anderen Diensten gilt: Bei flüchtigen Inhalten bestehen besondere Hürden für wirksame Gegenstrategien, da sie nur vergleichsweise kurz verfügbar und nachzuverfolgen sind. Umso wichtiger sind konsequente Content-Moderation und das schnelle Vorgehen gegen Verstöße durch die Dienste.

VER STÖSSE UND MASS NAHMEN

Für Kinder und Jugendliche können rechtsextreme Onlineangebote eine Gefährdung bzw. Beeinträchtigung ihrer Entwicklung nach sich ziehen. Zu ihrem Schutz sind schnelle und effektive Maßnahmen notwendig. jugendschutz.net kontaktiert Diensteanbieter und Provider im In- und Ausland und fordert bei Verstößen gegen den Jugendmedienschutz zur Löschung von Inhalten auf. Ist eine verantwortliche Person mit Wohnsitz in Deutschland zu ermitteln oder wird eine Indizierung angestrebt, leitet jugendschutz.net Fälle an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) weiter. Lassen Inhalte eine konkrete Gefährdungslage erkennen, werden Strafverfolgungsbehörden hierüber informiert.

Social-Media-Dienste sind bei der Verbreitung rechtsextremer Propaganda zentrale Kommunikationskanäle. Über 90 % der Verstößfälle im Kontext Rechtsextremismus wurden hier von 2020 bis einschließlich Juni 2021 von jugendschutz.net registriert. Jugendaffine Dienste wie YouTube, Instagram oder TikTok spielen dabei eine besondere Rolle: Über diese Dienste wird eine junge Zielgruppe erreicht. Während rechtsextreme Gruppierungen dort jedoch meist keine strafbaren Inhalte verbreiten, um einer Strafverfolgung oder Löschung zu entgehen, finden sich in Kommentaren und Profilen einzelner User:innen viele Verstöße gegen den Jugendmedienschutz.

Neben den großen Plattformen haben sich einige sogenannte Ausweichplattformen etabliert. Hier werden auch drastische rechtsextreme Inhalte massenhaft verbreitet. Die Anbieter dieser Dienste vollziehen kaum Schutzmaßnahmen. Bei Meldungen wird meist nur unzureichend reagiert. Ausweichplattformen, die Rechtsextremen als „sichere Häfen“ gelten, stellen weiterhin eine große Herausforderung für den Jugendmedienschutz dar.

Verbesserte Richtlinien bei beliebten Diensten

Die meisten der von jugendschutz.net erfassten und bemaßnahmten Verstöße fanden sich auf großen Plattformen. Dies ist wenig verwunderlich, denn Dienste wie YouTube, Instagram oder Facebook spielen in der Online-Mediennutzung eine zentrale Rolle. Ein konsequentes Vorgehen der Diensteanbieter gegen rechtsextreme Propaganda und Hetze ist besonders für den Schutz von Kindern und Jugendlichen unabdingbar.

Vor allem Desinformationen im Kontext der Corona-Pandemie sowie Hate Speech wurden im Berichtszeitraum von den meisten Global Playern als Problem erkannt und die Nutzungsrichtlinien entsprechend angepasst. So verschärfte YouTube 2020 seine Guidelines gegen Hass und Belästigung. Sie wurden erweitert auf Inhalte, die Einzelpersonen oder Personengruppen zur Zielscheibe von Verschwörungstheorien machen und in denen gegen sie zur Gewalt aufgerufen wird.

Was die Covid-19-Pandemie betrifft, so verbietet der Dienst nun auch Inhalte zu Corona, wenn sie mit ernsthaften gesundheitlichen Schäden oder Risiken verbunden sind oder den Erkenntnissen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) widersprechen.



*Effektive
Schutzmaßnahmen
in jugendaffinen
Diensten nötig.*

Auch Instagram untersagte Falschinformationen zu Covid-19. Die Richtlinien gegen Hassrede wurden erweitert, etwa bezüglich Black-Face-Darstellungen und Vorurteilsbotschaften gegen jüdische Personen. Zudem wurde die Leugnung oder verzerrte Darstellung des Holocaust verboten.

Letzteres gilt seit 2020 auch bei Facebook. Das Soziale Netzwerk ahndet ebenfalls Falschinformationen zu Corona, wenn diese eine Gefahr darstellen; andere Inhalte bleiben mit Warnhinweis auf Basis von Faktenchecks bestehen. Auch Hassgruppen und terroristische Organisationen sind verboten.

2020 und 2021 sperrten Twitter und YouTube massenhaft Konten der rechtsextremen „Identitären Bewegung“. Twitter, Facebook, und Instagram gingen gegen Accounts von QAnon-Verschwörungsgläubigen vor.



Dienste gehen verstärkt gegen Falschinformationen vor.

Reaktion der Anbieter auf Usermeldungen unzureichend

jugendschutz.net überprüft bei YouTube, Instagram, TikTok, Pinterest, Facebook, Twitter und Tumblr regelmäßig die Maßnahmen zum Schutz junger Nutzer:innen vor Interaktionsrisiken.

Alle Dienste bieten Meldemöglichkeiten für Nutzer:innen. Bei YouTube können ohne Account aber weiterhin keine Beschwerden abgegeben werden, obwohl die meisten Inhalte frei aufrufbar sind. Bei Facebook und Pinterest fehlt es an Meldemöglichkeiten für Profile. Bei Twitter können nur solche Verstöße gemeldet werden, die auch unter das NetzDG fallen. Also können User:innen z. B. keine jugendgefährdenden Inhalte melden.

Die Reaktion auf Meldungen prüft jugendschutz.net in einem zweistufigen Verfahren: Im ersten Schritt werden Verstöße gegen den JMStV als einfache Usermeldung übermittelt. Ist nach 7 Tagen keine Löschung oder Sperrung erfolgt, fordert jugendschutz.net offen als Institution erkennbar den Betreiber zur Entfernung auf und nutzt dafür auch besondere Meldewege. Der Verstoß wird letztmalig nach 7 Tagen überprüft und das Ergebnis festgehalten.

Von 495 in dieser Weise gemeldeten Verstößen löschten/sperrten die Dienste im Zeitraum 2020 bis einschließlich Juni 2021 im Schnitt nur 45 % nach einer Usermeldung. Weitere 41 % wurden gelöscht/gesperrt nach direktem Kontakt durch jugendschutz.net.

Weniger als
die Hälfte nach
Usermeldung
gelöscht.

Allerdings gab es Unterschiede bei den Diensten hinsichtlich der Menge an Fällen und der Verstöße. Die verbotene Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wurde am häufigsten festgestellt und gemeldet. Mit Blick auf die gemeldeten Verstöße weisen die Dienste je nach Art der Verstöße Unterschiede auf.

Die Gesamtlöschquote nach Usermeldung betrug bei YouTube lediglich 21 %. Bei Twitter - wo allerdings nur Verstöße nach NetzDG gemeldet werden können - dagegen 72 %.



*Verbesserungsbedarf
bei den Supports
der Dienste.*



Die Verbesserung der Gesamtlöschquoten nach direktem Kontakt durch jugendschutz.net deutet auf einen Schulungsbedarf bei den Supportabteilungen der Dienste hin. Zwar zeigt die Gesamtlöschquote von rund 87 %, dass spätestens nach direktem Kontakt von jugendschutz.net meist erfolgreich ein Verstoß entfernt oder gesperrt wurde. Allerdings ist die Löschquote von lediglich knapp 45 % nach erster Meldung durch vermeintliche Nutzer:innen unzureichend. Die Dienste müssen wesentlich besser reagieren, wenn es um die Meldungen von Verstößen durch Nutzer:innen geht.

REGISTRIERTE VERSTOSSFÄLLE: 1.136

**Social-Media-Dienste sind zentrale Mittel zur Verbreitung rechtsextremer Propaganda:
Über 90 % der Fälle wurden dort gesichtet.**

	Fälle	Gelöscht nach Usermeldung	Kontakt jugendschutz.net	unverändert	Löschquote gesamt
Tumblr	25	36 %	64 %	0 %	100 %
Twitter	74	72 %	26 %	3 %	97 %
Pinterest	91	69 %	24 %	7 %	93 %
TikTok	67	28 %	64 %	7 %	93 %
Instagram	90	40 %	46 %	14 %	86 %
Facebook	75	40 %	33 %	27 %	73 %
YouTube	73	21 %	52 %	27 %	73 %
Gesamt*	495	45 %	41 %	13 %	87 %

(*Abweichungen zu 100 % sind auf Rundungen zurückzuführen.)

Neben den großen Plattformen werden im Kontext von Rechtsextremismus im Netz vor allem Ausweichplattformen immer relevanter.

Telegram



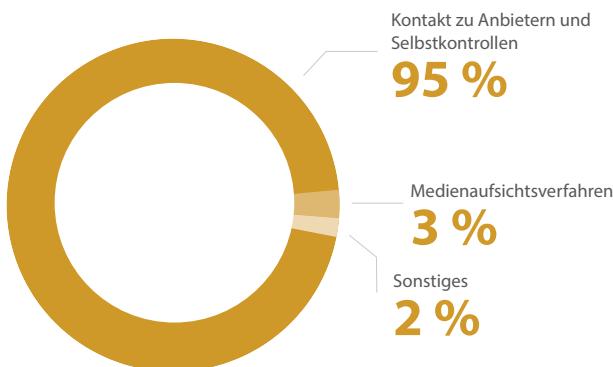
Steam



BitChute

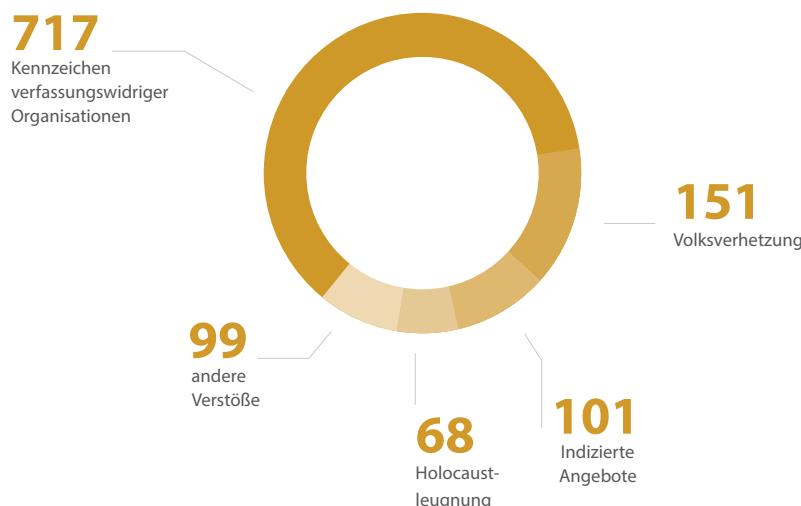


Aktivitäten zur Löschung und Ahndung in **1.136** Verstößen



In insgesamt 75 % der Fälle Löschung oder Sperrung im Kontakt zu Anbietern und Selbstkontrollen erreicht.

Drastische Verstöße überwiegen deutlich:





Kindern und Jugendlichen ein gutes Aufwachsen mit Medien ermöglichen

jugendschutz.net fungiert als das gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet. Die Stelle recherchiert Gefahren und Schutzstrukturen für Kinder und Jugendliche im Internet. Sie wirkt darauf hin, dass Verstöße gegen den Jugendschutz beseitigt und Angebote so gestaltet werden, dass Kinder und Jugendliche sie unbeschwert nutzen können.

Die Jugendministerien der Länder haben jugendschutz.net 1997 gegründet. Die Stelle ist seit 2003 an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) angebunden. jugendschutz.net wird finanziert von den Obersten Landesjugendbehörden, den Landesmedienanstalten und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

jugendschutz.net nimmt über seine Online-Beschwerdestelle Hinweise auf Verstöße gegen den Jugendmedienschutz entgegen.

jugendschutz.net/hotline